



C/42/19

ORIGINAL: englisch

DATUM: 20. Oktober 2008

**INTERNATIONALER VERBAND ZUM SCHUTZ VON PFLANZENZÜCHTUNGEN**  
GENF

**DER RAT**

**Zweiundvierzigste ordentliche Tagung**  
**Genf, 30. Oktober 2008**

**PRÜFUNG DER VEREINBARKEIT DES GESETZES VON  
BOSNIEN-HERZEGOWINA ÜBER DEN SCHUTZ VON PFLANZENZÜCHTUNGEN  
MIT DER AKTE VON 1991 DES UPOV-ÜBEREINKOMMENS**

*Vom Verbandsbüro erstelltes Dokument*

Einleitung

1. Mit Schreiben vom 2. Oktober 2008 an den Generalsekretär des Internationalen Verbandes zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV) ersuchte Herr Milad Zeković, Direktor, Amt für den Schutz der Pflanzengesundheit von Bosnien-Herzegowina, um Prüfung der Vereinbarkeit des vom Parlament am 27. Juli 2004 verabschiedeten Gesetzes zum Schutz von Pflanzenzüchtungen von Bosnien-Herzegowina (nachstehend das „Gesetz“) (Amtsblatt von Bosnien-Herzegowina Nr. 46/04) mit der Akte von 1991 des UPOV-Übereinkommens (nachstehend die „Akte von 1991“). Das Schreiben ist in Anlage I dieses Dokuments wiedergegeben.

2. Anlage II enthält eine von der Regierung von Bosnien-Herzegowina eingereichte Übersetzung des Gesetzes ins Englische. Die Genauigkeit der Übersetzung und die verwendete Terminologie werden in verschiedenen Fällen einer Abgleichung mit der Urschrift des Gesetzes bedürfen. Bis diese abgeschlossen ist, wird nicht bekannt sein, ob die scheinbaren Widersprüche zur Akte von 1991 das Ergebnis einer ungenauen Übersetzung sind oder sich aus dem Wortlaut der Urschrift des Gesetzes ergeben.

3. Artikel 34 Absatz 3 des Übereinkommens sieht vor: „Jeder Staat, der dem Verband nicht angehört, sowie jede zwischenstaatliche Organisation ersuchen vor Hinterlegung ihrer

Beitrittsurkunde den Rat um Stellungnahme, ob ihre Rechtsvorschriften mit diesem Übereinkommen vereinbar sind. Ist der Beschluß über die Stellungnahme positiv, so kann die Beitrittsurkunde hinterlegt werden.“

### Rechtsgrundlage für den Schutz von Pflanzenzüchtungen in Bosnien-Herzegowina

4. Der Schutz neuer Pflanzensorten wird in Bosnien-Herzegowina von dem Gesetz geregelt. Eine Analyse des Gesetzes folgt in der Reihenfolge der wesentlichen Rechtsvorschriften der Akte von 1991.

### Artikel 1 der Akte von 1991: Begriffsbestimmungen

5. Die Begriffsbestimmung des „Züchters“ in Artikel 1 Buchstabe a und in Artikel 12 (erster Satz) und Absatz 4 des Gesetzes entspricht nicht der Begriffsbestimmung des „Züchters“ in Artikel 1 Nummer iv der Akte von 1991.

6. Artikel 2 Buchstabe a des Gesetzes sagt aus: „Der Züchter einer Sorte ist eine natürliche Person, die eine Sorte unabhängig oder gemeinsam mit anderen natürlichen Personen entdeckt oder entwickelt.“ [Der Begriff „natürliche“ vor „Person“ scheint juristische Personen auszuschließen, was nach Artikel 1 Nummer iv der Akte von 1991 nicht der Fall ist.]

7. Artikel 2 Buchstabe a des Gesetzes (vergleiche auch Artikel 12 Absätze 2 und 3 des Gesetzes) erwähnt die Begriffe „entdeckt oder entwickelt“. Artikel 1 Nummer iv der Akte von 1991 bezieht sich auf die Person, die „entdeckt und entwickelt“.

8. Die Übersetzung der Begriffsbestimmung der „Sorte“ erfordert eine Abgleichung mit der Urschrift des Gesetzes.

9. Artikel 2 des Gesetzes sieht zudem folgende Begriffsbestimmungen vor:

„[...]“

b) Der Rechtsinhaber ist eine natürliche oder juristische Person, die berechtigt ist, einen Antrag auf Erteilung des Sortenschutzes einzureichen (nachstehend: der Antrag).

c) Der Antragsteller ist eine natürliche oder juristische Person, die den Antrag eingereicht hat.

d) Der Inhaber eines Züchterrechts ist eine natürliche oder juristische Person, die das Züchterrecht durch den Schutz erworben hat.

[...]“

g) Die geschützte Sorte ist eine Sorte, für die eine Entscheidung über den Schutz getroffen wurde. Sie wird durch eine amtliche Sortenbeschreibung und eine geschützte Probe definiert und auf die von diesem Gesetz vorgeschriebene Weise mit einer Bezeichnung versehen.

h) Material der geschützten Sorte ist eine Keimpflanze bzw. das Erzeugnis der geschützten Sorte, die für die weitere Vermehrung der Sorte verwendet werden könnten.

i) Die geschützte Probe ist eine amtliche Probe einer Keimpflanze der geschützten Sorte.“

10. Die Begriffsbestimmungen des „Rechtsinhabers“ in Artikel 2 Buchstabe b des Gesetzes, des „Antragstellers“ in Artikel 2 Buchstabe c des Gesetzes und des „Züchterrechtsinhabers“ in Artikel 2 Buchstabe d des Gesetzes bedürfen einer Klärung in bezug auf die

Begriffsbestimmung des Züchters in Artikel 1 Nummer iv der Akte von 1991. Diese Klärung wird entsprechende Änderungen in anderen Bestimmungen des Gesetzes nach sich ziehen.

11. Die Begriffsbestimmung des „Materials“ in Artikel 2 Buchstabe h des Gesetzes scheint nicht den gesamten Umfang des Begriffs „Erntegut“ in Artikel 6 Absatz 1, Artikel 14 Absatz 2 und Artikel 16 der Akte von 1991 und infolgedessen in den entsprechenden Bestimmungen des Gesetzes (Artikel 5, Artikel 15 und Artikel 17) abzudecken. Die Akte von 1991 ist präzise in bezug auf das Material der Sorte, das für verschiedene Bestimmungen von Belang ist, und definiert das „Material“ nur im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Akte von 1991. Eine solche Begriffsbestimmung ist in Artikel 17 des Gesetzes nicht enthalten.

#### Artikel 2 der Akte von 1991: Grundlegende Verpflichtung der Vertragsparteien

12. Vorbehaltlich der Entscheidung über das Gesetz und der in diesem Dokument enthaltenen Analyse, sieht der erste Satz des Artikels 1 des Gesetzes vor: „Dieses Gesetz legt das Verfahren für den Schutz von Pflanzenzüchtungen und den Erwerb und den Schutz von Züchterrechten fest.“ Dies entspricht der grundlegenden Verpflichtung der Vertragsparteien gemäß Artikel 2 der Akte von 1991.

#### Artikel 3 der Akte von 1991: Gattungen und Arten, die geschützt werden müssen

13. Der zweite Satz des Artikels 1 des Gesetzes sieht vor: „Gemäß den Bestimmungen dieses Gesetzes können alle Sorten von Pflanzenfamilien und -arten, einschließlich Hybriden von Familien und Arten, geschützt werden.“ Vorbehaltlich der Abgleichung der Übersetzung dieser Bestimmung mit der Urschrift des Gesetzes, scheint das Gesetz auf alle Pflanzengattungen und -arten anwendbar zu sein, wie in Artikel 3 Absatz 2 der Akte von 1991 vorgesehen.

#### Artikel 4 der Akte von 1991: Inländerbehandlung

14. Artikel 13 Absätze 2 und 3 des Gesetzes sehen folgendes vor:

„Ausländische juristische oder natürliche Personen genießen in Bosnien-Herzegowina gleiche Rechte wie inländische juristische oder natürliche Personen, sofern diese aus internationalen Verträgen und Übereinkommen erwachsen, die von Bosnien-Herzegowina unterzeichnet wurden oder denen das Land beigetreten ist, bzw. unter Bedingungen tatsächlicher Gegenseitigkeit; die Beweislast für die Gegenseitigkeit liegt bei demjenigen, der sich darauf beruft.

Im Verfahren vor der Verwaltung übt die ausländische juristische oder natürliche Person ihr Recht aus diesem Gesetz über eine von ihr ermächtigte Person aus, die eine natürliche Person mit Wohnsitz in Bosnien-Herzegowina oder eine juristische Person mit Sitz in Bosnien-Herzegowina ist.“

15. Wenn Bosnien-Herzegowina Mitglied der UPOV wird, würden die Bestimmungen gemäß Artikel 13 Absätze 2 und 3 des Gesetzes Bosnien-Herzegowina in die Lage versetzen, die Bestimmungen über die Inländerbehandlung in Artikel 4 der Akte von 1991 zu erfüllen.

Artikel 5 bis 9 der Akte von 1991: Schutzvoraussetzungen; Neuheit; Unterscheidbarkeit; Homogenität; Beständigkeit

16. Die Artikel 4 bis 8 des Gesetzes enthalten Bestimmungen über die Schutzvoraussetzungen. Die Genauigkeit der Übersetzung dieser Bestimmungen und der verwendeten Terminologie ist in verschiedenen Fällen aufgrund der Urschrift des Gesetzes zu überprüfen. In den nachstehenden Absätzen werden einige Beispiele genannt.

*Neuheit*

17. In bezug auf die Neuheitsvoraussetzung in Artikel 6 Absatz 1 der Akte von 1991 erfordern folgende Begriffe eine Überprüfung:

i) ob die Formulierung „verkauft oder wirtschaftlich verwertet“ und „Verkauf oder wirtschaftliche Verwertung der Sorte“ in Artikel 5 Absätze 1 und 2 in der Urschrift des Gesetzes der Formulierung „zum Zwecke der Auswertung der Sorte verkauft oder auf andere Weise an andere abgegeben“ entspricht, und

ii) ob der Begriff „Rechtsinhaber“ in Artikel 5 Absätze 1 und 2 in der Urschrift des Gesetzes dem Begriff „Züchter“ entspricht.

18. In bezug auf die Bestimmung des Artikels 6 Absatz 1 Nummer ii der Akte von 1991 betreffend den Zeitraum von sechs Jahren für „Bäume und Reben“ bezieht sich Artikel 5 Absatz 1 des Gesetzes auf „mehrjährige Blattpflanzen und Rebe“.

19. Wenn die obigen Begriffe in Artikel 5 der Urschrift des Gesetzes die entsprechenden Begriffe des Artikels 6 Absatz 1 der Akte von 1991 nicht reflektieren, muß Artikel 5 des Gesetzes entsprechend geändert werden.

20. Artikel 5 Absatz 3 des Gesetzes sieht folgendes vor:

„Keimpflanzen der Sorte, die laufend für die Züchtung anderer neuer Sorten genutzt wird, d. h. Hybriden, werden so angesehen, daß sie für Gewinnzwecke in Verkehr gebracht werden, wenn die Pflanzen oder ihre Bestandteile, die einer anderen Sorte angehören, in Verkehr gebracht werden.“

21. Die Genauigkeit der Übersetzung des Artikels 5 Absatz 3 des Gesetzes sollte überprüft werden, da die Terminologie dem Artikel 6 der Akte von 1991 des UPOV-Übereinkommens nicht entspricht.

22. In bezug auf Artikel 6 Absatz 2 der Akte von 1991 sieht Artikel 53 des Gesetzes eine Übergangsregelung für die Neuheit für „vor kurzem gezüchtete Sorten“ wie folgt vor:

„1. Die Verfahren für die Sicherung der Sorte, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes im Gange sind, werden im Rahmen dieses Gesetzes fortgesetzt.

2. Als Ausnahme von der Bestimmung in Absatz 1 dieses Gesetzes kann die Sorte, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes nicht neu ist, geschützt werden, wenn:

a) der Schutzantrag für die Sorte vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes eingereicht wurde,

- b) die Sorte andere in Artikel 4 dieses Gesetzes vorgeschriebene Voraussetzungen erfüllt, und
- c) in einem der Unterzeichnerstaaten geschützt ist oder im Verfahren für die Erteilung des Schutzes begriffen ist, die von Bosnien-Herzegowina ebenfalls unterzeichnet wurden oder denen das Land beigetreten ist, und das Verfahren mit der Erteilung des Schutzes für die Sorte abgeschlossen wird.

3. Wird das Züchterrecht gemäß Absatz 2 dieses Gesetzes erteilt, beträgt die Dauer des Züchterrechts vom Tag der Erteilung des Züchterrechts im Unterzeichnerstaat, in dem die Sorte zuerst geschützt wurde, höchstens weitere 20 Jahre bzw. 25 Jahre für Holzpflanzen.“

#### *Unterscheidbarkeit*

23. In bezug auf die Unterscheidbarkeitsvoraussetzung in Artikel 7 der Akte von 1991 sollte aufgrund der Urschrift des Gesetzes überprüft werden, ob die Begriffe

- i) „identifizierbar“ und „identifiziert“ in Artikel 4 und Artikel 6 des Gesetzes den Begriffen „unterscheidbar“ und „Unterscheidbarkeit“ entsprechen;
- ii) „Sorte, die allgemein bekannt ist“ der Formulierung „Sorte, deren Vorhandensein allgemein bekannt ist“ entsprechen.

#### *Homogenität*

24. In bezug auf die Homogenitätsvoraussetzung in Artikel 8 der Akte von 1991 enthält Artikel 7 des Gesetzes die Formulierung „Merkmale, die von großer Bedeutung sind, um sie von anderen Sorten verschieden zu machen“ anstelle von „maßgebende Merkmale“.

#### *Beständigkeit*

25. In bezug auf die Beständigkeitsvoraussetzung in Artikel 9 der Akte von 1991 enthält Artikel 8 des Gesetzes den Begriff „unveränderlich“ anstelle von „Beständigkeit“ und die Formulierung „Merkmale, die von größter Bedeutung sind, um sie zu unterscheiden“ anstelle von „maßgebende Merkmale“.

#### Artikel 10 der Akte von 1991: Einreichung von Anträgen

26. Die Artikel 13, 24 bis 26 des Gesetzes enthalten Bestimmungen über die Einreichung von Anträgen.

27. Artikel 25 Absatz 1 Buchstabe g des Gesetzes sieht vor, daß der Antrag die „Beschreibung enthält, ob die Sorte durch Gentechnik gewonnen wurde und, wenn ja, daß die Genehmigung für die Prüfung dieser Sorte gemäß den Vorschriften für genetisch veränderte Organismen beigefügt wird“. Es ist darauf hinzuweisen, daß Artikel 18 der Akte von 1991 vorsieht: „Das Züchterrecht ist unabhängig von den Maßnahmen, die eine Vertragspartei zur Regelung der Erzeugung, der Überwachung und des Vertriebs von Material von Sorten in ihrem Hoheitsgebiet sowie der Einfuhr oder Ausfuhr solchen Materials trifft. Derartige Maßnahmen dürfen jedoch die Anwendung dieses Übereinkommens nicht beeinträchtigen.“

#### Artikel 11 der Akte von 1991: Priorität

28. Artikel 27 des Gesetzes enthält Bestimmungen über das Prioritätsrecht.

29. Die Bestimmungen im zweiten Satz des Artikels 11 Absatz 2 und des Artikels 11 Absatz 3 der Akte von 1991 wurden nicht in das Gesetz aufgenommen.

#### Artikel 12 der Akte von 1991: Prüfung des Antrags

30. Die Artikel 29 bis 32 des Gesetzes enthalten Bestimmungen über die Prüfung des Antrags.

31. Die Artikel 31 Absätze 1 Buchstabe a, 2, 3 Buchstabe a und 5 des Gesetzes enthalten folgende Elemente, die in Artikel 12 der Akte von 1991 nicht erwähnt werden: „Die Prüfung, ob die Sorte in eine Systemkategorie fällt, d. h. eine im Antrag erwähnte Krautpflanzenfamilie oder –art“; „Die fachliche Bewertung wird aufgrund der Ergebnisse der Prüfung der Sorte im Freiland oder in einem Labor durchgeführt“; „wenn die Prüfung unter vergleichbaren agroökologischen Bedingungen mittels der vorgeschriebenen Verfahren und Methoden durchgeführt wird“; „die Verwaltung kann die Ergebnisse der Sortenprüfung aus einem anderen Land verwenden, das vergleichbare agroökologische Bedingungen aufweist“.

#### Artikel 13 der Akte von 1991: Vorläufiger Schutz

32. Vorbehaltlich der Änderungen bezüglich des Inhalts des Züchterrechts (vergleiche unten), der Klärung des Begriffs „Rechtsinhaber“ und der Überprüfung, ob der Begriff „angemessene Entschädigung“ in der Urschrift dem Begriff „angemessene Vergütung“ entspricht, enthält Artikel 18 Absatz 2 des Gesetzes Bestimmungen über den vorläufigen Schutz, die mit Artikel 13 der Akte von 1991 vereinbar sind.

#### Artikel 14 der Akte von 1991: Inhalt des Züchterrechts

33. Die Artikel 14 und 15 des Gesetzes enthalten Bestimmungen über den Inhalt des Züchterrechts.

34. Die Genauigkeit der Übersetzung des Artikels 15 des Gesetzes ist aufgrund der Urschrift des Gesetzes zu überprüfen. Zu Veranschaulichungszwecken werden folgende Beispiele bezüglich der Verwendung von Begriffen angegeben, die sich von denjenigen in Artikel 14 der Akte von 1991 unterscheiden:

- i) „Lizenz“ anstelle von „Zustimmung“;
- ii) „Keimpflanzen“ anstelle von „Vermehrungsmaterial“;
- iii) „Erzeugnisse“ anstelle von „Erntegut“;
- iv) „angemessene Gelegenheit, das Züchterrecht zu erwerben“ anstelle von „angemessene Gelegenheit, sein Recht auszuüben“.

35. Nebst der Tatsache, daß die obenerwähnte Überprüfung der Übersetzung aufgrund der Urschrift des Gesetzes vorzunehmen ist, fehlen folgende Elemente des Artikels 14 der Akte von 1991:

- i) die Handlung des „Feilhaltens“ in Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe a Nummer iii;
- ii) während das Gesetz keine dem Artikel 14 Absatz 1 Buchstabe b der Akte von 1991, „Der Züchter kann seine Zustimmung von Bedingungen und Einschränkungen abhängig machen“, entsprechende Bestimmung enthält, scheint sich Artikel 40 des Gesetzes, „Wirtschaftliche Verwertung betreffend Lizenzen“ auf Handelslizenzen zu beziehen;
- iii) der erste Satz des Artikels 15 Absatz 3 des Gesetzes sieht vor: „Die Lizenz des Inhabers für die in Absatz 1 erwähnten Handlungen ist auch erforderlich, wenn sie ... betrifft“; das Gesetz scheint die Anwendung der Bestimmungen in Artikel 14 Absatz 2 der Akte von 1991 über „Handlungen in bezug auf Erntegut“ auf Artikel 15 Absatz 3 des Gesetzes über die im wesentlichen abgeleiteten und bestimmte andere Sorten auszuschließen. Ein solcher Ausschluß würde der entsprechenden Bestimmung in Artikel 14 Absatz 5 Buchstabe a der Akte von 1991 widersprechen;
- iv) die Bestimmungen in Artikel 14 Absatz 5 Buchstabe c der Akte von 1991.

#### Artikel 15 der Akte von 1991: Ausnahmen vom Züchterrecht

36. Die Genauigkeit der Übersetzung des Artikels 16 des Gesetzes betreffend die Ausnahmen vom Züchterrecht ist aufgrund der Urschrift des Gesetzes zu überprüfen. Artikel 16 des Gesetzes sieht folgendes vor:

- „1. Das Züchterrecht gilt nicht als verletzt, wenn
- a) die geschützte Sorte genutzt oder abgegeben wird;
    - 1) für private nichtgewerbliche Zwecke;
    - 2) für Prüfungs- oder wissenschaftliche Zwecke;
    - 3) für die Schaffung neuer Sorten;
  - b) die neue Sorte aus wirtschaftlichen Gründen gemäß dem dritten Absatz, Punkt a dieses Artikels genutzt wird, außer wenn diese Sorte eine abgeleitete Sorte ist;
  - c) das von den Erzeugern im eigenen Landwirtschaftsbetrieb gewonnene Erzeugnis der geschützten Sorte für den weiteren Anbau im Landwirtschaftsbetrieb verwendet wird und der Erzeuger dem Züchterrechtsinhaber eine angemessene Entschädigung zahlt. Die Entschädigung ist angemessen, wenn sie deutlich unter dem im selben Gebiet für die Erzeugung der Keimpflanzen der Sorten im Rahmen der Lizenz berechneten Betrag liegt.
2. Die Erzeuger, die eine Möglichkeit für den weiteren Anbau nutzen, zahlen dem Züchterrechtsinhaber eine angemessene Entschädigung gemäß Punkt c Absatz 1 dieses Artikels und erteilen dem Züchterrechtsinhaber auf dessen Aufforderung alle Informationen über den weiteren Anbau.
3. Kleinlandwirte sind gemäß Punkt c Artikel 1 dieses Artikels von der Zahlung einer angemessenen Entschädigung an den Züchterrechtsinhaber ausgenommen.
4. Die Verwaltung bestimmt die Pflanzenarten, für die dem Züchterrechtsinhaber eine angemessene Entschädigung gemäß Punkt c Absatz 1 dieses Artikels gezahlt wird, sowie die Kriterien für Kleinlandwirte.“

37. Die Bestimmungen des Artikels 16 Absätze 1 Buchstabe a Unterabsatz 3 und 1 Buchstabe b des Gesetzes scheinen sich auf die Züchteraussnahme zu beziehen, entsprechen

jedoch nicht der Ausnahme vom Züchterrecht in Artikel 15 Absatz 1 Nummer iii der Akte von 1991.

38. Das Gesetz enthält in Artikel 16 Absätze 1 Buchstabe c, 2, 3 und 4 Bestimmungen über die freigestellte Ausnahme gemäß Artikel 15 Absatz 2 der Akte von 1991.

#### Artikel 16 der Akte von 1991: Erschöpfung des Züchterrechts

39. Artikel 17 des Gesetzes mit der Überschrift „Ausnahmen“ scheint gewisse Bestimmungen des Artikels 16 der Akte von 1991 mit der Überschrift „Erschöpfung des Züchterrechts“ zu enthalten. Die Genauigkeit der Übersetzung des Artikels 17 des Gesetzes ist aufgrund der Urschrift des Gesetzes zu überprüfen.

40. Folgende Bestimmungen des Artikels 17 des Gesetzes entsprechen nicht den Bestimmungen im ersten Satz des Artikels 16 der Akte von 1991:

„Der Züchterrechtsinhaber benötigt keine Lizenz für die in Artikel 15 Absatz 1 dieses Gesetzes vorgesehenen Handlungen oder für die Erzeugung der geschützten Sorte, die von einer geschützten Sorte abgeleitet ist, sofern er selbst die Keimpflanzen der Sorte an eine andere Person abgegeben hat, die hierzu berechtigt ist, außer daß diese Handlungen umfassen: [...]“

41. Die Akte von 1991 ist präzise in bezug auf das Material der Sorte, das für verschiedene Bestimmungen von Belang ist, und definiert das „Material“ nur im Sinne von Artikel 16 Absatz 1 der Akte von 1991. Eine solche Begriffsbestimmung ist in Artikel 17 des Gesetzes nicht enthalten (vergleiche obigen Absatz 11).

#### Artikel 17 der Akte von 1991: Beschränkungen in der Ausübung des Züchterrechts

42. Artikel 41 des Gesetzes enthält Bestimmungen über eine „Zwangslizenz“. In Artikel 41 Absatz 1 des Gesetzes wird auf das öffentliche Interesse hingewiesen, was der Anforderung gemäß Artikel 17 Absatz 1 der Akte von 1991 entspricht.

43. Artikel 41 Absatz 8 des Gesetzes sieht vor, daß „der Züchterrechtsinhaber Anspruch auf eine Entschädigung hat“. Artikel 17 Absatz 2 der Akte von 1991 verlangt, daß der Züchter „eine angemessene Vergütung erhält“.

#### Artikel 18 der Akte von 1991: Maßnahmen zur Regelung des Handels

44. Vorbehaltlich der Klarstellung in bezug auf Artikel 25 Absatz 1 Buchstabe g des Gesetzes (vergleiche obigen Absatz 27) scheint das Gesetz keine Bestimmungen zu enthalten, die in Widerspruch zu Artikel 18 der Akte von 1991 stehen.

#### Artikel 19 der Akte von 1991: Dauer des Züchterrechts

45. Artikel 18 Absatz 1 des Gesetzes enthält Bestimmungen über die Dauer des Züchterrechts, die Artikel 19 der Akte von 1991 entsprechen.



#### Artikel 20 der Akte von 1991: Sortenbezeichnung

46. Die Artikel 10, 11 und 37 des Gesetzes enthalten Bestimmungen über die Sortenbezeichnungen. Die Genauigkeit der Übersetzung ist aufgrund der Urschrift des Gesetzes zu überprüfen.

47. Die Bestimmungen in Artikel 10 Absatz 4 und Artikel 11 Absatz 3 des Gesetzes entsprechen nicht den Bestimmungen des Artikels 20 Absatz 3 der Akte von 1991 in bezug auf die Eintragung und/oder Verweigerung der Sortenbezeichnung.

48. Die Bestimmungen in Artikel 10 Absatz 2 Buchstabe j des Gesetzes, „steht in Widerspruch zu den Vorschriften über das gewerbliche Eigentum“, entspricht nicht den Bestimmungen des Artikels 20 Absatz 4 der Akte von 1991 über „ältere Rechte Dritter“.

49. In der Akte von 1991 ist keine Bestimmung enthalten, die Artikel 11 Absatz 2 des Gesetzes entspricht. Artikel 11 Absatz 2 des Gesetzes sieht folgendes vor:

„Die Bestimmung in Absatz 2 ist nicht gültig, wenn eine Keimpflanze der geschützten Sorte für nichtgewerbliche Zwecke im privaten Bereich genutzt wird.“

#### Artikel 21 der Akte von 1991: Nichtigkeit des Züchterrechts

50. Artikel 35 des Gesetzes, „Mitteilung der Entscheidung über die Nichtigkeit“, enthält Gründe für die Nichtigkeit des Züchterrechts. Artikel 35 Absatz 1 Buchstaben a, b und c des Gesetzes scheint Elemente der Gründe für die Nichtigkeit gemäß Artikel 21 Absatz 1 der Akte von 1991 zu enthalten. Dennoch ist die Genauigkeit der Übersetzung aufgrund der Urschrift des Gesetzes zu überprüfen.

51. Um der Bestimmung in Artikel 21 Absatz 2 der Akte von 1991, „Ausschluß anderer Gründe“, zu entsprechen, sollten die Gründe für die Nichtigkeit in Artikel 35 Absatz 1 Buchstaben d, e, f und g des Gesetzes, die sich auf die Gründe für die Aufhebung zu beziehen scheinen, in einen getrennten Artikel über die Aufhebung des Züchterrechts aufgenommen werden.

#### Artikel 22 der Akte von 1991: Aufhebung des Züchterrechts

52. Artikel 35 des Gesetzes, „Mitteilung der Entscheidung über die Nichtigkeit“, scheint in Absatz 1 Buchstaben d, e, f und g Gründe für die Aufhebung des Züchterrechts zu enthalten.

53. Um der Bestimmung in Artikel 22 Absatz 2 der Akte von 1991, „Ausschluß anderer Gründe“, zu entsprechen, sollten die Gründe für die Aufhebung aus Artikel 35 des Gesetzes in einen getrennten Artikel über die Aufhebung des Züchterrechts aufgenommen werden.

54. Die Genauigkeit der Übersetzung ist aufgrund der Urschrift des Gesetzes zu überprüfen. Insbesondere scheint sich der Verweis auf „Artikel 43“ in Artikel 35 Absatz 1 Buchstabe g des Gesetzes auf Artikel 42 des Gesetzes zu beziehen. In Artikel 35 Absatz 1 Buchstaben d und e des Gesetzes scheint es eine Wiederholung zu geben, die in den entsprechenden Bestimmungen des Artikels 22 Absatz 1 Buchstaben a und b Nummer i der Akte von 1991 nicht enthalten ist.

Artikel 30 der Akte von 1991: Anwendung des Übereinkommens

55. In bezug auf die Verpflichtung, „geeignete Rechtsmittel für die wirksame Wahrung der Züchterrechte“ vorzusehen (Artikel 30 Absatz 1 Nummer i der Akte von 1991), beziehen sich die Artikel 45 bis 51 des Gesetzes auf die verfügbaren zivil- und strafrechtlichen Rechtsmittel, Sanktionen und Geldstrafen. Wie in den Absätzen 34, 35, 36 und 37 dieses Dokuments erläutert, erfordern die Bestimmungen des Gesetzes über den Inhalt des Züchterrechts und die Ausnahmen vom Züchterrecht Klärungen und Änderungen, um den Bestimmungen der Akte von 1991 des UPOV-Übereinkommens zu entsprechen. Diese Änderungen werden entsprechende Änderungen in den Artikeln 46 Absatz 3 und 50 Absatz 1 des Gesetzes über die Verletzung des Züchterrechts nach sich ziehen. Infolgedessen sind auch Änderungen in bezug auf Artikel 51 des Gesetzes über Verwaltungsstrafen oder Geldstrafen im Zusammenhang mit der Nichteinhaltung oder dem Mißbrauch von Sortenbezeichnungen zu erwarten (vergleiche obige Absätze 47, 48 und 49).

56. In bezug auf die Verpflichtung in Artikel 30 Absatz 1 Nummer ii der Akte von 1991 sieht Artikel 33 Absatz 1 des Gesetzes vor:

„Wenn aufgrund der in Artikel 31 dieses Gesetzes vorgesehenen fachlichen Bewertung festgestellt wird, daß der Antragsteller alle vorgeschriebenen Voraussetzungen erfüllt hat, trifft die Verwaltung die Entscheidung über den Schutz der Sorte und veröffentlicht sie im Amtsblatt der Verwaltung.“

57. In bezug auf die Verpflichtung in Artikel 30 Absatz 1 Nummer iii der Akte von 1991 sieht Artikel 19 des Gesetzes vor:

„1. Die Verwaltung hat folgende Befugnisse:

[...]

c) sie veröffentlicht die Auskünfte über Anträge, einschließlich des Vorschlags für eine Sortenbezeichnung, im Amtsblatt,

d) sie führt negative Entscheidungen über Anträge, Eintragung und etwaige Änderungen sowie andere amtliche Auskünfte im Register der Anträge, der Zurücknahme von Anträgen und der Entscheidungen über den Sortenschutz und deren etwaige Änderungen,

[...]

2) Die Verwaltung veröffentlicht die in Absatz 1 dieses Artikels vorgesehenen Auskünfte im Amtsblatt der Verwaltung.“

58. Artikel 19 des Gesetzes erfüllt die Verpflichtung zur Veröffentlichung von Mitteilungen über die Anträge auf Erteilung und die Erteilung des Züchterrechts und die vorgeschlagenen Sortenbezeichnungen gemäß Artikel 30 Absatz 1 Nummer iii der Akte von 1991.

59. Die Veröffentlichung der Entscheidungen über Züchterrechte sollte auch Auskünfte über die genehmigten Sortenbezeichnungen enthalten, wie von Artikel 20 Absatz 3 und Artikel 30 Absatz 1 Nummer iii der Akte von 1991 vorgeschrieben.

Allgemeine Schlußfolgerung

60. Nach Ansicht des Verbandsbüros deutet die Analyse in diesem Dokument an, daß das Gesetz gewisse Bestimmungen der Akte von 1991 enthält. Die Analyse wies indessen aus, daß verschiedene Bestimmungen der Akte von 1991 im Gesetz nicht enthalten sind oder daß dieses Bestimmungen enthält, die mit der Akte von 1991 nicht vereinbar sind. Zudem scheinen gewisse Bestimmungen im Gesetz untereinander widersprüchlich zu sein oder bedürfen einer Klarstellung. Außerdem gibt die Analyse in diesem Dokument einige Beispiele, die andeuten, daß die Qualität der Übersetzung und der verwendeten Terminologie einer Abgleichung mit der Urschrift des Gesetzes bedarf.

61. Abschließend wird empfohlen, daß die in diesem Dokument vorgeschlagenen zusätzlichen Bestimmungen und Änderungen in das Gesetz aufzunehmen sind, damit die Regierung von Bosnien-Herzegowina in der Lage ist, den Bestimmungen der Akte von 1991 Wirkung zu verleihen, wie in deren Artikel 30 Absatz 2 vorgeschrieben.

62. *Der Rat wird ersucht,*

*a) die Analyse in diesem Dokument zur Kenntnis zu nehmen;*

*b) zu empfehlen, daß Bosnien-Herzegowina die in diesem Dokument dargelegten zusätzlichen Bestimmungen und Änderungen in das Gesetz aufnehme, und zu empfehlen, daß nach Aufnahme der zusätzlichen Bestimmungen und Änderungen in das Gesetz das geänderte Gesetz dem Rat gemäß Artikel 34 Absatz 3 der Akte von 1991 zur Prüfung vorgelegt werde;*

*c) das Verbandsbüro zu ersuchen, der Regierung von Bosnien-Herzegowina bei der frühesten Gelegenheit bei der Abfassung der erforderlichen zusätzlichen Bestimmungen und Änderungen des Gesetzes seine Unterstützung anzubieten, und*

*d) den Generalsekretär zu ermächtigen, die Regierung von Bosnien-Herzegowina von dieser Entscheidung zu unterrichten.*

[Anlagen folgen]

Schreiben von Herrn Milad Zeković,  
Direktor, Amt für den Schutz der Pflanzengesundheit von Bosnien-Herzegowina  
an den Generalsekretär der UPOV

Sarajevo, den 2. Oktober 2008

Dr. Kamil IDRIS  
Generalsekretär  
Internationaler Verband zum  
Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV)  
GENF

Sehr geehrter Herr Idris,

hiermit beehre ich mich, Ihnen mitzuteilen, daß das Parlament von Bosnien-Herzegowina am 27. Juli 2004 das Gesetz über den Schutz von Pflanzenzüchtungen verabschiedet hat (Amtsblatt von Bosnien-Herzegowina Nr. 46/04).

Bosnien-Herzegowina beabsichtigt, dem Internationalen Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen vom 2. Dezember 1961, revidiert in Genf am 10. November 1972, am 23. Oktober 1978 und am 19. März 1991 (UPOV-Übereinkommen), beizutreten.

Gemäß den Bestimmungen des Artikels 34 Absatz 3 des UPOV-Übereinkommens wäre ich dankbar, wenn der Rat der UPOV die Vereinbarkeit des Gesetzes von Bosnien-Herzegowina über den Schutz von Pflanzenzüchtungen mit den Bestimmungen des UPOV-Übereinkommens prüfen würde.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Milad Zeković, Direktor  
Amt für den Schutz der Pflanzengesundheit  
von Bosnien-Herzegowina

[Anlage II folgt]

[In English only / En anglais seulement /  
Nur auf Englisch / En Inglés solamente]

**LAW**  
**ON PROTECTION OF NEW VARIETIES OF PLANTS**  
**OF BOSNIA AND HERZEGOVINA**

Pursuant to Article IV 4. a) of the Constitution of Bosnia and Herzegovina, the Parliamentary Assembly of Bosnia and Herzegovina, at its 42<sup>nd</sup> session of the House of Representatives, held on 27 July 2004, and at the session of the House of Peoples, held on 9 July 2004, passed.

**I - General Provisions**

**Article 1**  
**Content of the Law**

1. This Law establishes the procedure for protection of new varieties of plants and acquisition and protection of breeding rights. In accordance with the provisions of this Law, all the varieties of families and species of plants, including hybrids of families and species, may be protected.

**Article 2**  
**Terms meaning**

1. The terms used in this Law shall have the following meanings:
  - a) Breeder of variety is a physical person who breeds, discovers or develops a variety independently or jointly with other physical persons.
  - b) Right holder is a physical or legal entity who is entitled to file an application for a variety protection (hereinafter referred to as: the Application)
  - c) Applicant is a physical or legal entity who has filed the application.
  - d) Breeding right holder is a physical or legal entity who has acquired the plant breeding right through protection.
  - e) Breeding right is a common expression provided for by Article 15 of this Law.
  - f) A variety is a group of plants or parts thereof, provided that complete plants can be again produced from them within the lowest botanic classification which can, regardless of whether it meets other requirements for protection, be:
    - 1) defined by its characters originating from a certain genotype or a combination of genotypes,
    - 2) distinguished among any other groups of plants at least by one of these characters, and
    - 3) considered as a systematic unit if these characters are not changed in the course of plant propagation.
  - g) Protected variety is a variety for which a decision on protection has been issued. It is defined by an official description of the variety, by a protected sample, and is denominated in the manner as prescribed by this Law.

- h) Material of the protected variety is any seedling or the product of the protected variety, respectively, which could be used for further propagation of the variety.
- i) Protected sample is an official sample of a seedling of the protected variety.
- j) The relevant bodies, in the light of the provisions of this Law, are: the Management of Bosnia and Herzegovina for protection of plants health (hereinafter referred to as: the Management) and relevant bodies of the Entities and Brčko District of Bosnia and Herzegovina (hereinafter referred to as: the relevant bodies of Entities and Brčko District).

### **Article 3** **Commission for addition to the National variety list**

The procedure for protection of a new variety, applications register for protection of a new variety (hereinafter referred to as: Applications Register) and the Protected Varieties Register are maintained by the Commission for addition to the National variety list (hereinafter referred to as: the Commission) as a body within the Management.

## **II – REQUIREMENTS FOR VARIETY PROTECTION**

### **Article 4** **Protection of varieties**

- 1. A variety is protected by acquisition of the breeding right.
- 2. Any variety may be protected, provided it is:
  - a) new
  - b) identifiable
  - c) uniformed
  - d) invariable and
  - e) denominated in compliance with the provisions of this Law.

### **Article 5** **A new variety**

- 1. It shall be considered that a variety is new on the date of application if it has been sold or economically exploited with the permission of the right holder in Bosnia and Herzegovina at the most for one year prior to the date of filing the application, and for four years out of Bosnia and Herzegovina, prior to the date of filing the application; in the event of many year leaf plants and grape vine not more than six years prior to the date of filing the application.
- 2. Sale or economic exploitation of variety, in the light of the preceding paragraph, shall not be considered to be the:
  - a) use or delivery of the variety for profitable aims without permit or knowledge of the right holder;
  - b) contracted right assignment of the variety;
  - c) contracted economy, propagation, seed processing or warehousing of the seedlings or products of the variety for the right holder, provided the right holder has kept the sole right of ownership of the propagated seedlings, products of the variety or the products from the same;

- d) testing of the variety in the field or laboratory and, respectively, experimental production for the purpose of determination of the use value if so done by the right holder or his/her authorized person;
  - e) official testing of the variety for registration in the Register of Varieties or the risk assessment of the genetically changed varieties;
  - f) sale of products originating as by-products or, respectively, surpluses in development of a new variety, provided that these products are intended for final use and that on this occasion the variety is not specified.
3. Seedlings of the variety which is constantly used for breeding of other new variety, that is, hybrid, shall be considered to be delivered for profitable purposes, when the plants or their parts, belonging to other variety, are delivered.

### **Article 6 Identified variety**

1. A variety is identifiable if it is possible to distinguish it clearly from any other variety which is generally known to the date of filing the application.
2. A variety shall be generally known, in particular if:
  - a) it was to that date protected in any country or registered in the List of Varieties;
  - b) an application to protect it or register it in the List of Varieties has been filed in any country to that date and the procedure is finished by the variety protection or its registration in the List of Varieties;
  - c) the seedlings of the variety or its product has already been on the sale or used for profitable purposes.

### **Article 7 Uniformed variety**

The variety is uniformed if it has sufficiently and specifically expressed those characteristics which are of great importance for making it different from other varieties, despite the aberrations which may be expected for the specificity of its propagation.

### **Article 8 Invariable variety**

A variety is invariable if its characteristics, being of utmost importance to distinguish it, after more successive propagations and, respectively, in case of particular cycle of propagation, are not changed.

### **Article 9 Protected variety**

The protected variety shall be denominated which is a sign of its difference.

## **Article 10**

### **Name registration**

1. Any designation which makes it possible to distinguish it, may be registered as the name of the protected variety and it may be a word, a combination of words, a combination of words and numbers or combination of letters and numbers, unless it was otherwise prescribed by this Law.
2. As the name of a protected variety, there shall not be a designation which:
  - a) is not appropriate for the language reasons;
  - b) makes it impossible to identify the variety;
  - c) consists only of numbers, except where it is already a routine practice;
  - d) is the same or similar to the name of any generally known variety of the same species or related species of plants while in use; this provision is also exceptionally valid after termination of use of this variety, if this variety was specifically denominated;
  - e) makes confusion in regard to the sources, characters, value, use, identity or geographical origin, respectively.
  - f) consists of botanic or general name, family or species, or includes such a name which could bring in a confusion;
  - g) includes the words such as “variety, cultivated species, form, hybrid, cross-species” or translation of these words;
  - h) makes confusion in regard to the plant variety breeder or the right holder;
  - i) is contrary to public order or morale;
  - j) is contrary to the regulations on industrial ownership;
3. If a certain variety is already protected or registered in the Variety List, or if the application was filed to be protected or registered in any signatory state of the international treaties or conventions of which Bosnia and Herzegovina is also a signatory or accessed it. Only the name of the variety which was registered, entered on the Variety List or stated in the application in other country, may be registered in Bosnia and Herzegovina.
4. Exceptionally, a certain variety may be registered in Bosnia and Herzegovina under some other name only if the use of the original name is inappropriate for the language reasons or because it was contrary to the public order and morale.
5. At the proposal of the Commission, the Management shall define the related variety under paragraph 2.d) of this Article and a more detailed requirements for registration of the variety.

## **Article 11**

### **Name of protected variety**

1. The use of the name of a protected variety is binding. The seedlings of the protected variety may be on sale only if the name of the protected variety is stated.
2. The provision of paragraph 2 shall not be valid if a seedling of the protected variety is used for non-commercial purposes in private sector.



3. The protected variety shall be designated with the same registered name in all countries, except in case of aberration under Article 10 paragraph 4 of this Law.
4. In addition to registered name, the trademark or, respectively, other designation can also be used in sale of seedlings of the protected variety, provided that the registered name is quite visible and identifiable.
5. The name of the protected variety or the name which can be replaced with this name shall not be used for some other variety of the same or related plant.

### **III –HOLDERS OF RIGHT TO PROTECT VARIETY AND ACQUISITION OF BREEDER’S RIGHT**

#### **Article 12**

##### **Holders of the right to protect variety**

Holder of the right to protect variety and acquisition of breeder’s right is the variety breeder or his/her legal heir.

2. If more persons have jointly created, bred, discovered or developed a variety, the joint right to protect the variety and acquire the right belong to them and, respectively, their heirs.
3. If more persons individually created, bred, discovered or developed a variety, the breeder’s right belongs to the one who filed the application first.
4. If the breeder is employed by a legal entity, and their mutual rights and duties are governed by the employment contract, the right to acquisition is determined in accordance with this contract. On the contrary, it is implied that the provisions from the regulations on the rights of industrial ownership from work relationship referring to the patents shall be applied.

#### **Article 13**

##### **Requirements to acquire breeder’s rights**

1. The breeder’s right referred to by the preceding Article can be acquired by the right holder who is a citizen of Bosnia and Herzegovina, other physical person residing permanently in Bosnia and Herzegovina and a legal entity seated in Bosnia and Herzegovina.
2. Foreign legal or physical entity shall enjoy the same rights in Bosnia and Herzegovina as a national legal or physical entity does, provided it arises from the international treaties and conventions signed or accessed by Bosnia and Herzegovina or, respectively, under the conditions of real reciprocity; the burden of proving the reciprocity is on the one who refers to it.
3. In the procedure before the Management, the foreign legal or physical entity exercises his or her right from this Law through his or her authorized person who is a physical person residing in Bosnia and Herzegovina or a legal entity seated in Bosnia and Herzegovina.

## **IV – BREEDER’S RIGHT**

### **Article 14 Breeder’s right**

A breeder acquires the breeder’s right when a variety is protected.

### **Article 15 License**

1. The license of the breeder’s right is necessary for carrying out the following actions in regard to seedlings of a protected variety

- a) production or propagation,
- b) preparation of protected variety material for propagation
- c) selling or other forms of sale,
- d) export or import, and
- e) keeping the material of protected variety for the purposes mentioned in the preceding paragraphs.

2. In addition to the actions referred to in paragraph 1, the license of the right holder is also necessary in case of the products of protected variety only if:

- a) the product is the result of unauthorized use of seedlings of the protected variety, and
- b) the holder did not have appropriate opportunity to acquire the breeder’s right in seedlings of this variety.

3. The license of the holder for the undertakings mentioned in paragraph 1 is also necessary if it concerns:

- a) the varieties derived from the protected variety, except if the protected variety is derived in itself;
- b) the varieties which he or she could not distinguish from the protected variety;
- c) the varieties or, respectively, hybrids of which the breeding requires a permanent use of the protected variety.

4. A certain variety is considered to be a derived variety, if:

- a) its origin is a prevailing original variety or the variety which is mainly derived from the original variety,
- b) it can be distinguished from the original variety, and
- c) it is, by its expressed essential characteristics, which define the genotype or a combination of genotypes of the original variety, similar to the original variety, except in differences which are the result of derivation.

### **Article 16**

1. It shall be considered that the breeder's right is not breached if:
  - a) the protected variety is used or disposed with:
    - 1) in private non-profitable purposes;
    - 2) for testing or scientific purposes;
    - 3) for breeding new varieties.
  - b) if the new variety is used for economic reasons from the third paragraph, item a) of this Article, except that this variety is a derived variety;
  - c) the product of protected variety of certain species of plants, produced by the producers on own agricultural estate, is used for further seeding on the agricultural estate, and the producer exploiting this possibility shall pay the breeding right holder an appropriate compensation. The compensation is appropriate if it is significantly lower than the amount calculated for production of seedlings of the variety in the same region under the license.
2. The producers using a possibility of further seeding shall pay the breeding right holder appropriate compensation in compliance with item c) paragraph 1 of this Article and shall give the breeding right holder, at his or her request, all the information concerning further seeding.
3. Small land owners are exempted from payment of appropriate compensation to the breeding right holder under item c) paragraph 1 of this Article.
4. The Management shall determine the plant species for which an appropriate compensation is paid to the breeding right holder under item c) paragraph 1 of this Article, as well as the criteria for smaller land owners.

### **Article 17 Exceptions**

The breeding right holder does not need a license for the undertakings provided for by Article 15 paragraph 1 of this Law or for production of protected variety derived from a protected variety, provided that he or she has given the seedlings of the variety by himself or herself or by some other person authorized to do so, except that these undertakings comprise:

- a) further propagation of the protected or derived variety, or
- b) export of material of the protected or derived variety, which can be used for further propagation, to the country in which the plant families or species, to which this plant species belongs, is not possible to protect. This provision is not valid if the exported material is intended for final use.

### **Article 18 Period of breeder's right**

1. Unless this Law prescribes otherwise, the period of breeder's right lasts from the date of its acquisition to the end of twentieth calendar year, and when hop, grape vine and species of trees are concerned it last to the end of twenty-fifth calendar year which follows the year of the right acquisition.

2. Regardless to the provisions of paragraph 1, the right holder from Article 12 of this Law, who has already filed a complete application, is entitled to the adequate indemnity, if anybody, during the procedure to protect the variety, contrary to Article 15 of this Law, economically exploited or disposed of the variety applied for protection. The right holder may claim the indemnity only for the period from the date of publication of the application in the “Official Gazette of the Management of Bosnia and Herzegovina for protection of herbal health” to the date of acquisition of the breeder’s right.
3. The breeder’s right ceases to exist:
- a) by termination note of the holder of breeder’s right;
  - b) by expiration period, as determined in paragraph 1 of this Article;
  - c) by ceasing or, respectively, cancellation of the decision by which it was acquired.

## **V – PROCEDURE OF VARIETY PROTECTION**

### **1. Bodies**

#### **Article 19**

#### **Competences and tasks of the Management**

1. The Management shall have the following competences:
  - a) conduct an administrative procedure for a new variety protection and the variety denomination registration in compliance with this Law and the Law on General Administrative Procedure,
  - b) maintain the Application Register and Protected Varieties Register,
  - c) publish in the Official Gazette the information on applications including the proposal for a variety denomination,
  - d) maintain negative decisions to the applications, registration and eventual changes in the registration of application, withdrawal of applications, decisions on variety protection and its eventual changes, and other official information,
  - e) cooperate with the international organizations and associations, the state bodies and, respectively, non-governmental organization from the region of the protected new varieties,
  - f) participate technically and professionally with authorized agencies of foreign countries in the area of testing varieties and checking the maintenance of varieties,
  - g) exchange the results of testing of varieties and other information from its competence with the relevant bodies in other countries,
  - h) checking the fulfillment of obligations of the protection holder, and
  - i) perform other duties in the area of varieties protection.
  
- 2) The Management publishes the information provided for by paragraph 1 of this Article in the Official Gazette of Management.

### **Article 20**

#### **Commission**

1. Council of Ministers of Bosnia and Herzegovina (hereinafter referred to as: the Council of Ministers) appoints the Commission consisting of nine members, out of which three members of the Commission are proposed by relevant bodies of Entities each, two by the Management and one by Brčko District.

2) The position of the Commission is to be an expert in the procedure for variety protection, and based on the examination of application and enclosed documents it proposes a decision to the Management concerning the variety protection.

**2. Registers**  
**Article 21**  
**Content of Register**

1. The Management maintains the Applications Register and the Protected Varieties Register in compliance with the regulations.

2. The Register contains the information from the documents which serves as a basis for registration in both registers. The documents are collected in a collection of documents which is an attachment to both registers.

3. The Application of Register shall in particular contain:

- a) data on the applicant, breeder and eventual authorized representative,
- b) date of complete application,
- c) specification of plant species,
- d) proposal of temporary designation of the variety or, respectively, proposal of denomination of variety,
- e) in case of claiming priority right, specifies the country in which the application has already been filed and the date of receiving the complete application in that country,
- f) proposal for suspension or termination of the procedure, respectively,
- g) notes of courts' decisions in regard to the rights to file application.

4. The Register of insured varieties contains, in particular:

- a) plant variety and registered name of the variety, all synonyms are also entered with the name,
- b) official description of the variety or reference to the documents which contains official description of the variety and they are an integral part of the Register,
- c) in case of the variety of which breeding requires a constant use of certain additions for production of seedlings of the protected variety, the addition should specify,
- d) name and surname of breeding right holder, the breeder and any representative in the procedure,
- e) date of acquisition and termination of the variety protection and the reasons thereof,
- f) name and address of the person to whom the right to economically exploitation was transferred by the license contract,
- g) name and address of the person who was awarded a forced license, specifying the requirements for awarding and the date of termination of the right,
- h) notes on courts' decisions regarding the breeding right.

5. The Management shall keep the collection of documents concerning individual cases in original or copies for at least five years following the withdrawal or negative decision to the application or, respectively, for five years following termination of breeder's right.

6. The Management shall determine in more details the content and method of maintenance of the Register.

**Article 22**  
**Data Publicity**

1. Applications Register and Varieties Protection Register are public.
2. The Management shall enable any person who has proved the legal interests to have insight into the following documents and collection of documents:
  - a) the documents relating to the applications,
  - b) the documents relating to acquired breeding rights,
  - c) the documentation relating to the official testing of variety.
3. Exceptionally from the provisions under paragraph 2 of this Article, the applicant, in case of hybrids, may require that the documentation, concerning component parts of variety, being in the procedure of protection, is not accessible for public.

**3. Costs of procedure**  
**Article 23**  
**Costs**

1. In the procedure for protection of a new variety and for the maintenance of the breeding right, the applicants or, respectively, the breeding right holders shall pay the prescribed fees, the costs of technical and professional checking of justification of the application, the costs of testing the variety and the costs relating to publication and other actions.
2. The Council of Ministers of Bosnia and Herzegovina shall prescribe the amount of fees and costs under paragraph 1 of this Article and the amount of fees provided for by Article 39.

**4. Course of procedure for variety protection**

**Article 24**  
**Application**

1. The procedure for variety protection begins with the application filed by the applicant to the Management.
2. The Management makes decision in the administrative procedure.
3. An appeal may be filed against the administrative acts of the Management. The appeal shall be filed, within 30 days from the date of receiving the decision, to the Ministry of foreign trade and economic relations of Bosnia and Herzegovina.

**Article 25**  
**Content of application**

1. The application shall be lodged on the prescribed form and shall contain the following:
  - a) information concerning the applicant or his representative or agent;
  - b) data relating to the breeder, if he or she is not the applicant by himself or herself;
  - c) Latin and national name of species to which the variety belongs;

- d) proposed name of the variety or, respectively, a temporary designation of the variety;
  - e) the country in which the application has already been filed and the date of receipt of application in that country, if the application claims priority right;
  - f) technical description of the variety which can be an attachment to the application; and
  - g) description whether the variety was obtained by means of gene technology and, if so, attach the permit for testing this variety in accordance with the regulations of genetically changed organisms;
2. a more detailed form and content of the application, and the documents which shall be attached to the application are prescribed by the Management.

### **Article 26** **Correction of application**

1. The Management examines whether the application is complete and properly filled in and whether the evidence of paid fee is attached.
2. If the application is incomplete or improperly filled in or if the prescribed fee has not been paid in, the Management shall call the applicant to supplement it within 30 days from the date of its receipt. If the applicant does not meet the requirements stipulated by the Management within the given period, such an application shall be deemed not to be filed.
3. The applicant is given a receipt. The complete application is registered in the Application Register and published in the Official Gazette of the Management. The date of receipt of the application or the date of receipt of the supplement which makes the application complete, is entered as the date of receipt of the complete application.
4. The extract from the complete application is published in the Official Gazette following the expiry of three months from the date of its filing.

### **Article 27** **Priority rights**

1. The applicant who filed the application for protection of a new variety in any signatory state of the international treaties or conventions signed or accessed by Bosnia and Herzegovina, can, following the provision of evidence of a complete application filed for the same variety in other country, achieve priority right. In this case, the application filed in Bosnia and Herzegovina shall be deemed to be filed on the date when the complete application was filed in foreign country.
2. The priority right under the preceding paragraph shall be expressly requested by the applicant in the application.
3. The applicant can accomplish the priority right in Bosnia and Herzegovina within 12 months, at latest, from the date of filing the first complete application abroad.

### **Article 28** **Appeal**

1. Anyone who has a legal interest may appeal the application, published in the Official Gazette on the basis of Article 26 paragraph 4 of this Law, to the Management while the procedure for protection of the variety is in the course.
2. The appeal may relate only to meeting the requirements under Articles 5, 6, 7, 8 and 10 of this Law.
3. The appeal shall be in writing and explained. Relevant evidence shall be attached to the appeal and prescribed court fee shall be paid.
4. The management shall immediately submit the received appeal to the applicant and called upon him or her to reply to the appeal not later than 30 days from the receipt of the appeal.
5. The Management shall inform the appellant on its opinion in regard to the appeal not later than three months following their filing.

### **Article 29** **Review of the application**

The Management shall review whether the content of the application is appropriate, and shall check, on the basis of the data stated in the application, whether the variety is new and whether the applicant is entitled to acquisition of the breeding right. If it is determined in the course of reviewing the content that the requirements under Article 5 and 12 of this Law are not met, such an application is rejected.

### **Article 30** **Name of variety**

1. The Management also evaluates the appropriateness of the proposed name of the variety. In case that the proposed name of the variety is contrary to the provisions of Article 10 of this Law, the Management shall call the applicant to propose new name for the variety. The proposal shall be given not later than three months from the date of receipt of the call.
2. In the course of protection of a variety, the Management shall exclusively use the name of the variety which was registered in the Application Register for protection of a new variety.

### **Article 31** **Professional evaluation**

1. Any variety which meets the requirement of Articles 26 and 29 of this Law shall be subject to a professional evaluation for the purpose of:
  - a) checking whether the variety falls under a systematic unit, i.e. a herb family or species specified in the application,
  - b) ascertaining whether the variety is different, unified and invariable (Articles 6, 7 and 8 of this Law) and



- c) preparation of an official description of the variety if it meets the requirements under items a) and b) of this paragraph.
2. The professional evaluation is carried out on the basis of the results obtained from testing the variety in the field or in a laboratory.
3. The testing of variety may be carried out by:
  - a) The Management or, respectively, the Management recognized professional institution in Bosnia and Herzegovina or abroad, if the testing is carried out in comparative agroecological conditions by means of prescribed procedures and methods;
  - b) the applicant, at the request of the Management.
4. In the event that the Management does not carry out testing alone, it shall ensure a professional supervision over testing the variety.
5. In professional evaluation of a variety, the Management may use the results of testing of the variety obtained from other country which has comparative agroecological conditions, provided that the testing was carried out within the international systems of testing, and whether the evidence of results were issued according to the international treaties made or entered into by Bosnia and Herzegovina.
6. Council of Ministers, at the request of the Management and in cooperation with relevant bodies of the Entities and Brčko District, prescribes a more detailed requirements, procedures and methods for testing the variety.

**Article 32**  
**Professional evaluation of variety**

1. The applicant shall submit to the Management, within a prescribed period, necessary information, documents and, respectively, seedlings for making a professional evaluation of the variety for the purpose referred to by Article 31 paragraph 1 of this Law.
2. If the applicant fails to meet the requirements under paragraph 1 of this Article without a justified reason, the application shall be refused.

**Article 33**  
**Decision**

1. If, on the basis of professional evaluation provided for by Article 31 of this Law, it is established that the applicant has met all the prescribed requirements, the Management shall issue the decision on protection of the variety and publish it in the Official Gazette of the Management.
2. The data from the effective decision on protection of the variety or, respectively, on refusing the application, are entered in the Application Register.
3. Together with the effective decision on insurance of the variety, the holder is issued a certificate on acquisition of breeding right, which is valid from the date of effectiveness of the decision.

4. On the basis of the effectiveness of the decision on protection of a variety, the relevant data are entered in the Protected Variety Register.
5. Council of Ministers, at the proposal of the Management, prescribes the form and content of the certificate on acquisition of the breeding right.

### **5. Termination of the plant breeding right**

#### **Article 34**

#### **Decision on termination of the plant breeding right**

1. At the request of the breeding right holder under Article 18 paragraph 3 a) of this Law, the Management shall issue a decision in the administrative procedure confirming that the plant breeding right has been terminated at the request of the holder. The plant breeding right shall terminate on the following day from the date of receipt of the written statement by the holder.
2. Based on the effective decision under the preceding paragraph, the termination of the plant breeding right shall be published in the Official Gazette of the Management.

#### **Article 35**

#### **Declaration of the decision null and void**

1. The Management, in the administrative procedure, shall declare the decision on protection of a variety null and void only in the cases if it is subsequently ascertained that:
  - a) the variety was not new on the date of receiving a complete application (Article 5 of this Law) or it could not be distinguished (Article 6);
  - b) the variety was not uniformed on the date of receipt the complete application (Article 7) and invariable (Article 8 of this Law), and the variety was protected primarily on the basis of the information and documents submitted by the applicant;
  - c) the plant breeding right was awarded to the person who was not entitled to it, and the right holder did not request a forced transfer in accordance with Article 37 of this Law;
  - d) the holder does not meet the requirements stipulated by Article 44 of this Law or, respectively if ascertained that the variety is no more uniformed (Article 7 of this Law) or invariable (Article 8 of this Law)
  - e) the holder does not submit, at the written request of the Management and within the prescribed period of time, the seedlings for checking or the documentation on selection for maintenance of the variety in accordance with Article 44 of this Law;
  - f) the holder does not submit, at the written request of the Management and within the prescribed period of time, the proposal of a new name in accordance with Article 38 paragraph 1 of this Law;
  - g) the holder does not duly pay the prescribed annual fee for maintenance of validity of the plant breeding right under Article 43 of this Law.

#### **Article 36**

#### **Forced transfer of the right**

1. If the application for protection of a new variety is submitted by a person who is not entitled to it, and the plant breeding right has been awarded, the right holder may initiate a procedure before the Management for a forced transfer of the right.

2. The request for a forced transfer provided for by the paragraph 1 can be filed from the date of publication of the application for protection of a new variety in the Official Gazette of the Management, not later than five years from the date of publication of the application.
3. If the unduly acquired right was transferred to the third party, in case of paragraph 1 of this Article, the transfer of these rights shall be cancelled.
4. Exceptionally from the provisions of paragraph 3 of this Article, the holder of any right to use the variety may continue to use the variety, if he obtained this right in good faith prior to the beginning of the procedure under paragraph 1 of this Article, provided he pays to the right holder adequate compensation.

### **Article 37 Erasure from the Register**

1. The registered name of the variety is erased from the Application Register and the Protected Variety Registration under the following conditions:
  - a) if so required by the applicant or, respectively, the plant breeding right holder proves to have legal right to this action; the application shall specify the reasons for erasure and a proposed new name;
  - b) if it is subsequently established that the name of the variety was registered despite the reasons for its refusal under Article 10 of this Law;
  - c) if the holder or any other person is banned to use this name.
2. The Management forthwith informs the applicant or, respectively, the breeding right holder about the proposal or the request for erasure of the name and the application, and call him or her to propose a new name of the variety, not later than three months. After the procedure under Article 30 of this Law is carried out and the prescribed requirements are met, the proposed name is registered in the relevant register and published in the Official Gazette of the Management. At the same time, the former name is erased from the register.

### **7. Reinstating Article 38 Reinstating**

1. In case that the plant breeding right holder or any other party to the procedure could not, for justified reasons, pay the fee or meet the other obligations towards the Management within the prescribed time which is a reason for loss of the right to protect variety under Article 36 of this Law, he or she can request a reinstating in the course of the procedure of a variety protection.
2. The reinstatement application shall be filed within eight days from the date when the reason causing the failure ceases, and in case that the party learns subsequently for the failure, then the application is filed from the date when the party learns and within the period of three months, following the cease of the reason for failure to meet the obligations, but not later than one year from the date of expiry, a period to which the obligation should be met. The request shall be attached with an explanation and the evidence of the prescribed fee payment.

3. If the reinstatement application is met, the Management determines a new time period for the applicant to fulfill the obligation. The time period to fulfill the obligation shall not be longer than the period of the delay to fulfill the obligation, and shall be from the date of receiving the notice of meeting the application.

4. The reinstatement applicant is not entitled to request any injury, if from the date of loss of the right to the date of reinstatement, anybody, in good faith, exploited or entered a contract for exploitation of the protected variety.

#### **IV – TRANSFER OF PLANT BREEDING RIGHT AND ASSIGNMENT OF PLANT BREEDING RIGHT EXPLOITATION**

##### **Article 39 Transfer of plant breeding right**

1. A plant breeding right holder may transfer through an agreement the whole or a part of the plant breeding right to another person.

2. The right holder or the applicant may transfer the right to application for a new variety protection or, respectively, the rights arising from the application.

3. Transfer contract of the rights referred to in paragraphs 1 and 2 of this Article shall be in writing or otherwise it shall be void.

4. Rights transfer under paragraphs 1 and 2 shall not affect the previous rights of any third persons.

5. Transfer of plant breeding rights has no legal effect on third persons until the agreement is registered in the register.

6. A proposal for registration the transfer contract can be given by any party to the agreement.

##### **Article 40 Economic exploitation of land**

1. Plant breeding right holder may transfer to a third person, through a license contract, partly or wholly the right of economic exploitation of the protected variety.

2. The license contract is registered in the relevant register at the request of one of the parties to the contract.

3. The license contract which is not registered in the relevant register under paragraph 2 of this Article has no legal effect towards third persons.

4. The form, the method of making and the content of the license contract and the legal protection are governed by the regulations of the law of obligations.

**Article 41**  
**Forced license**

1. If there is a public interest and if the plant breeding right holder alone or somebody else authorized by him or her does not carry out economic exploitation of the protected variety to a sufficient extent and does not assign to anybody the exploitation right or, respectively, some unjustified requirements are set for the assignment, the forced license may be assigned to somebody else.
2. The forced license can be awarded only to a person who proves to dispose technological and production abilities necessary for efficient exploitation of the protected variety and needed resources.
3. The forced license cannot be possibly awarded if the plant breeding right holder has evidenced that there are justified reasons for non-exploitation or not sufficient exploitation of the protected variety.
4. The forced license cannot be possibly awarded if, from the date of awarding of the plant breeding right to the date of filing the application for awarding a binding license, less than three years passed.
5. The forced license gives the license holder the right to perform undertakings stipulated by Article 15 of this Law partly or wholly for the purpose of supply the national market.
6. The forced license can be awarded for the period of at least two years and four years, the most. The forced license is possible to renew if, after studying again the requirements of paragraph 1, it is ascertained that there are still reasons for awarding the forced license.
7. The Management, at administrative procedure, makes decision on the application for awarding or extension of the forced license. Prior to making decision in regard of awarding or extension of the forced license, the Management shall have the opinion of interested parties.
8. In case of awarding the forced license, the plant breeding right holder is entitled to compensation.
9. The compensation amount under paragraph 8 shall be agreed between the plant breeding right holder and the person who was awarded the forced license. If the agreement has not been reached, the compensation amount shall be determined by the Management.
10. The Management may request the plant breeding right holder to provide the forced license holder with initial quantity of seedlings for use of the variety based on the forced license. The plant breeding right holder is entitled to adequate compensation for the seedlings.
11. In case of awarding the forced license, the plant breeding right holder may request from the professional institution, authorized to perform professional control of seedlings production, data of production of seedlings of the protected variety,

## **VII – OBLIGATIONS OF PLANT BREEDING RIGHT HOLDER AND THIRD PERSONS**

### **Article 42 Fee**

1. For maintenance of the plant breeding right, the plant breeding right holder is obliged to pay the Management annual fee for maintaining valid the plant breeding right.
2. The fee shall be paid at the beginning of every calendar year for the current year of protection but not later than 31 January.
3. If the fee for maintenance of the plant breeding right is not paid even in the subsequent period of time, as determined by the Management and it shall not be longer than 6 months after receiving notice, the right shall cede to be valid.

### **Article 43 Maintenance of protected variety**

1. Over the period of protection, the holder shall maintain the protected variety or, respectively, its hereditary components unchanged.
2. At the request of the Management, the holder shall, within a determined time, submit to the Management or an authorized institution the data, documentation or seedlings needed for checking the maintenance of the variety.
3. If the examination finds that the holder does not maintain the variety, the Management shall initiate procedure to cancel the plant breeding right.

### **Article 44 Sample of seedlings**

1. At the request of the Management or an authorized institution, respectively, the holder shall, within a specified time, provide an appropriate sample of seedlings of the requested variety or, respectively, its hereditary components for:
  - a) variety protection or renewal of the variety sample,
  - b) making comparative examination of other varieties which are in the procedure of protection.
2. The Management may authorize the plant breeding right holder to keep and renew by him/herself the protected sample of seedlings.

### **Article 45 Data**

1. Whoever without agreement or contrary to the agreement with the plant breeding right holder carries out economic exploitation or, respectively, disposes the seedlings of the protected variety shall give all the data to the holder in regard to it.

2. If the data are not given voluntarily, the plant breeding right holder can request the Management to issue a decision which orders the infringer to submit the data.

## **VIII – COURT PROTECTION**

### **Article 46**

#### **Breaching the rights**

1. Whoever breaches the right of the applied for or, respectively, protected new variety shall be responsible for damage under general regulations concerning the damage compensation.

2. The person whose right has been breached may request, in addition to the injury, that the person who breaches the right be banned any further breaches.

3. Breaching the plant breeding right is any unauthorized economic exploitation of the protected variety.

### **Article 47**

#### **Sue**

1. A sue against breaching the plant breeding right can be filed within three years when the plaintiff learned for infringer or, respectively, for breaching. Following the expiry of the period of five years, a sue cannot be filed any more.

2. The sue is filed with a regular court.

## **IX – SUPERVISION**

### **Article 48**

#### **Supervision**

1. The supervision of adherence to the provisions of Articles 11, 15, 16 and 46 of this Law shall be done by agricultural and forestry inspectors.

2. When the agricultural and forestry inspectors, in carrying out the supervision, reasonably suspect that the violation has been done, they shall temporarily confiscate the objects used or intended for violation or they originate from the violation.

3. The agricultural and forestry inspectors shall surrender the temporarily confiscated objects to the relevant body for conducting the violation proceedings with a proposal to start proceedings.

### **Article 49**

#### **Violation of plant breeding right**

1. If the plant breeding right holder evidence probable that the export of a certain seedlings of the protected variety from Bosnia and Herzegovina or import into Bosnia and Herzegovina is a violation of his or her plant breeding right, the phytosanitary inspectors may, at his request, determine at the border:

- a) that the holder or his or her authorized person may review the material;
- b) that the material be confiscated, exclude from the sale and keep at a safe place.

2. In the proposal referred to paragraph 2, the right holder shall give to the phytosanitary inspectors a detailed description of the material of the protected variety, satisfactory evidence concerning the plant breeding right and its probable violation. At the request of phytosanitary inspection, the holder shall deposit a bail for eventual damage which could arise from these measures.

3. A phytosanitary inspector shall forthwith inform the exporter on the measures made or, respectively, the importer and the receiver of the material of the protected variety, if the import of material of the protected variety in Bosnia and Herzegovina is concerned. The phytosanitary inspector shall revoke the measure made if the right holder does not file a sue within seven days or does not initiate some other procedure for justification of the measures undertaken.

## **X – PENAL PROVISIONS**

### **Article 50**

1. The legal entity shall be fined KM 5,000 for the violation if, without permission of the plant breeding right holder, produces or propagate the seedlings of the protected variety by this Law, if prepares the seedling of the protected variety for propagation, if put on sale, import or export the seedlings of the protected variety or if keeps the material of the protected variety for the above purposes (Article 15 of this Law).

2. The responsible person of the legal entity shall be fined KM 1,000 for the violation under paragraph 1.

3. An individual who makes such a violation in connection with independent performance of the business activity shall be fined KM 5,000 for the violation under paragraph 1 of this Article.

4. The physical entity shall be fined KM 1,000 for the violation under paragraph 1 of this Article.

### **Article 51**

1. The legal entity shall be fined KM 3,500 for the violation:

- a) if, contrary to the paragraph 1 of Article 11 of this Law, the material of protected variety is circulated, without specifying the registered name of the protected variety or if the name is not correctly stated;
- b) if, contrary to the paragraph 5 Article 11 of this Law, uses the name of the protected variety by this Law, or the name which can be easily mistaken for this name, for some other variety of the same or relative variety.
- c) if, contrary to the paragraph 2 Article 16 or 46, respectively, of this Law, does not give the requested data to the holder.



2. The responsible person of the legal entity shall be fined KM 700 for the violation of the preceding paragraph.
3. The individual shall be fined KM 500 for the violation of the first paragraph of this Article whose violation is in connection with independent performance of business activity.
4. The physical entity shall be fined at least KM 500 for the violation under paragraph 1 of this Article.

## **XI – TRANSITIONAL AND FINAL PROVISIONS**

### **Article 52 Pre-protected varieties**

1. The variety which has been, until this Law comes in force, protected under the former valid regulations, enjoy the protection under this Law until the expiry of the acquired plant breeding right.
2. The plant breeding right for the variety under paragraph 1 can be declared void and shall be cancelled only if it is ascertained that when awarding this right, the requirements in regard to identity, uniformity or invariability of the variety, respectively.

### **Article 53 Procedures in the course**

1. The procedures for insurance of the variety which are in the course at the time of coming into force of this Law, shall be continued under this Law.
2. Exceptionally from the provision of paragraph 1 of this Law, the variety, which is not new to the date of coming into force of this Law, can be protected, if:
  - a) the application for protection of the variety was filed prior to coming this Law into force,
  - b) the variety meets other requirements stipulated by Article 4 of this Law and
  - c) is protected or in the procedure for protection in one of the signatory states, also signed or accessed by Bosnia and Herzegovina, and the procedure is completed with protection of the variety.
3. In case of awarding the plant breeding right under paragraph 2 of this Law, the plant breeding right shall last another 20 years, at most, or 25 years, respectively, for wooden plants from the date of awarding the plant breeding right in the signatory state in which the variety was first protected.

### **Article 54 Regulations passed pursuant to this Law and deadline for their passing**

The regulations pursuant to this Law shall be passed within 12 months from the date of coming this Law into force. The Council of Ministers can, at a proposal of the Management, and in addition to the regulations provided for by individual articles of this Law, also pass other regulations necessary for implementation of this Law.

**Article 55**  
**Regulations implemented until new ones are passed**

Until new regulations are passed pursuant to this Law, the existing regulations in this area shall be implemented, if not contrary to this Law.

**Article 56**  
**Coming into force of this Law**

This Law comes into force on the eighth day from the day of its publishing in the “Official Gazette of BiH” and shall be published in the Official Gazettes of the Entities and Brčko District of Bosnia and Herzegovina.

PA BiH No. 99/04  
9 September 2004  
Sarajevo  
Chairman of the House of Representatives  
Parliamentary Assembly BiH  
Martin Raguž  
Chairman of House of Peoples  
Parliamentary Assembly BiH  
Goran Milojević

[End of Annex II and of document/  
Fin de l'annexe II et du document/  
Ende der Anlage II und des Dokuments/  
Fin del Anexo II y del documento]